

NEWSLETTER

POLITIK AUF DEN PUNKT GEBRACHT.

Ausgabe vom 18. März 2022



Inhalt

Der Krieg in der
Ukraine

Entwicklung der
Lebensmittel- und
Energiepreise

Impfpflicht und
Impfvorsorge-
gesetz

Infektionsschutz-
gesetz

Terminrückschau

CDU

Liebe Leserinnen und Leser,

die eskalierende Lage in der Ukraine, Höchstpreise für Energie und Benzin und neue Höchststände bei den Corona-Zahlen halten uns alle momentan in Atem.

Seit nunmehr drei Wochen führt Russland einen Krieg mitten in Europa. Über zwei Millionen Menschen sind inzwischen auf der Flucht. Für die, die geblieben sind, wird die Situation im Land immer gefährlicher. Tagtäglich erreichen uns neue, immer noch schrecklichere Bilder von zerstörten Städten und Dörfern. Und es wird deutlich, dass sich die Angriffe offensichtlich immer mehr gegen die Zivilbevölkerung der Ukraine richten. Selbst vor Krankenhäusern und Geburtskliniken machen die russischen Angreifer nicht Halt.

Der ukrainische Präsident hat diese Woche vor dem Deutschen Bundestag über das Schicksal seines Landes gesprochen. Selenskyj mahnte, unserer Verantwortung für Frieden und Freiheit nachzukommen und forderte mehr Unterstützung ein. Beides, Frieden und Freiheit, verteidigen die Ukrainer gerade mit ihrem Leben. Die Eskalationen zwingen uns, die Sanktionen zu verschärfen.

Die Situation wirkt sich auch auf die Energiepreise aus. Daher haben wir die Themen Energieversorgung und die Reduzierung von einseitigen Abhängigkeiten intensiv debattiert. Da die Coronazahlen hierzulande neue Höchststände geknackt haben, war auch das Thema der Impfpflicht und der Ablauf des Infektionsschutzgesetzes wieder ganz oben auf der Agenda.

Über diese und weitere Themen und Termine berichte ich Ihnen im Folgenden. Ich wünsche Ihnen alles Gute und bleiben Sie gesund.

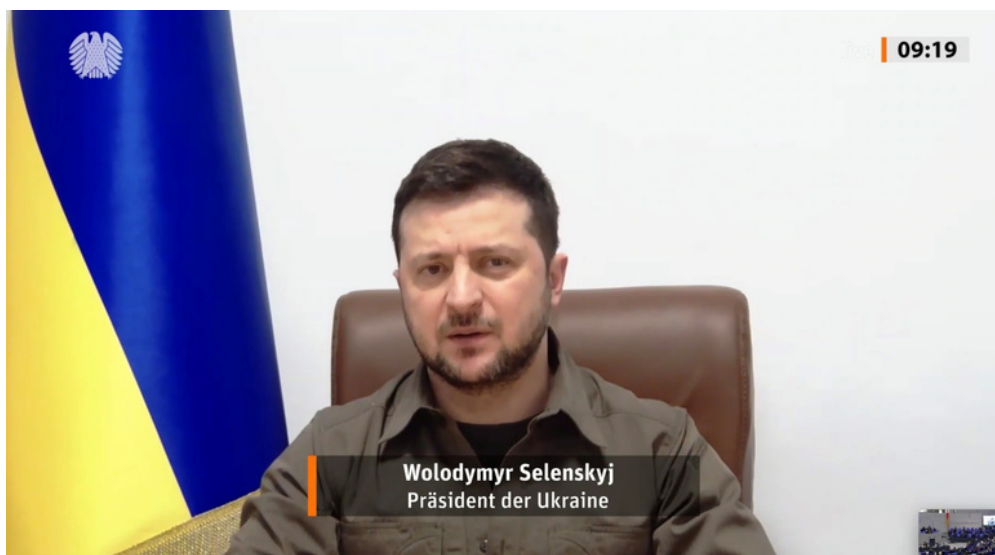
Ihr

Ihr Hermann Färber MdB

Der Krieg in der Ukraine

Der Krieg in der Ukraine dauert seit nunmehr über drei Wochen an und immer häufiger geraten zivile Ziele unter russischen Beschuss. Auch vor Krankenhäusern und Geburtskliniken machen die russischen Angreifer nicht Halt. Diese durch Russland herbeigeführte Eskalation zwingt uns, die Sanktionen zu verschärfen.

Mit einem eindringlichen Appell richtete sich der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj in einer Videoansprache an die Bundestagsabgeordneten. Die Videokonferenz startete verspätet, da ein Angriff in seiner Nähe zu Verbindungsschwierigkeiten geführt hatte. „Bitte helfen Sie uns, diesen Krieg zu stoppen“, plädierte er eindringlich. Die ganze Welt könne sehen, dass die Ukrainer frei leben wollen und gegen die russische Invasion sind. „Nach 80 Jahren versucht man in Europa, ein ganzes Volk zu vernichten.“ Selenskyj mahnte, unserer Verantwortung für Frieden und Freiheit nachzukommen und forderte mehr Unterstützung ein. Beides, Frieden und Freiheit, verteidigen die Ukrainer gerade mit ihrem Leben.



Quelle: DBT Livestream

Im Angesicht dieser Tatsache war es beschämend, einfach zur normalen Tagesordnung überzugehen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hatte eine Debatte nach der Ansprache beantragt, die Ampel schlug dies aber leider aus. Auf Verlangen der CDU konnte immerhin über die Versorgung und Aufnahme der Flüchtlinge beraten werden. Wir unterstützen die sofortige und unbürokratische Hilfe derer, die vor Putins Angriffen geflüchtet sind und bei uns Zuflucht suchen.

Die Hilfsbereitschaft im gesamten Land wie auch hier bei uns im Landkreis ist groß. Dafür bin ich allen Freiwilligen, Helfern und Einsatzkräften sehr dankbar. Viele ukrainische Kriegsflüchtlinge wurden großzügig aufgenommen. So wie das Zusammenstehen bei den Sanktionen ist auch die gerechte Verteilung der Flüchtlinge in Deutschland und Europa eine gemeinsame, europäische Aufgabe. Manche Regionen stehen bereits kurz vor der Überlastung und eine gute Verteilung ist notwendig. Aus diesem Grund werden wir die Bundesregierung dazu drängen, endlich eine stringente Koordination mit Ländern und Kommunen herbeizuführen. Kinder brauchen schnell geeigneten Schulunterricht und Erwachsene Unterstützung beim Ankommen in Deutschland. Die Hilfe für Flüchtlinge muss besser organisiert werden!

Entwicklung der Lebensmittelpreise

Der Krieg in der Ukraine wirkt sich auf Deutschland aus. Das merken wir unter anderem an den steigenden Lebensmittelpreisen. Die neue Bundesregierung muss in der Agrar- und Ernährungspolitik daher jetzt viele Weichen stellen. Akute Handlungsfelder haben sich offenbart: Die Versorgung der ukrainischen Bevölkerung vor Ort und auf der Flucht mit Lebensmitteln, die Preisvolatilitäten auf den Agrarmärkten und die Bekämpfung des Hungers in der Welt.

Aus diesem Grund fand auf Antrag der CDU/CSU-Fraktion am 09. März in Berlin eine Sondersitzung des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft statt. Thema war der Krieg in der Ukraine und die damit einhergehenden Auswirkungen auf die Ernährungsversorgung der Menschen vor Ort sowie die Auswirkungen des Konflikts auf die internationalen Agrarmärkte und die Versorgungslage in Deutschland.

Wir sehen bereits die Auswirkungen des Krieges auf den weltweiten Agrarmärkten. Die Ukraine ist ein wichtiger Produzent von Weizen: Zwölf Prozent der weltweiten Weizenexporte kommen von dort. Mit dem Exportstopp Russlands fehlen etwa 30 Prozent der globalen Weizenexporte. Die Ukraine wird nicht umsonst "Kornkammer Europas" genannt, denn das Ackerland der Ukraine entspricht gut einem Viertel der Flächen, die es in der gesamten EU gibt. Wenn dieser Marktteilnehmer nicht die üblichen Mengen liefern kann, steigen aufgrund des sinkenden Angebots die Preise. Nahrungsmittel sind das zweitwichtigste Exportgut der Ukraine.

Die aktuelle Situation verdeutlicht, wie wichtig unsere heimische Nahrungsmittelproduktion ist - für unser Land aber auch weltweit. Die Versorgung Deutschlands und der EU mit Weizen ist sichergestellt, aber andere Regionen der Welt wie beispielsweise Nordafrika sind auf Getreideimporte aus der Ukraine angewiesen. Hilfsorganisationen warnen bereits vor den Folgen des Ukrainekriegs, denn mehr als die Hälfte der Nahrungsmittel, die das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) in Krisenregionen verteilt, stammt laut der Organisation aus der Ukraine.

Die globalen Auswirkungen des Krieges sind auf den internationalen Agrarmärkten bereits deutlich zu sehen. Aber auch vor Ort bei den Landwirten in Deutschland sind die Auswirkungen schon erkennbar: Tierhalter haben Probleme mit der Beschaffung von Betriebsmitteln wie Futter und Dünger, und mit deren gestiegenen Kosten. Die Versorgung mit Lebens- und Futtermitteln aufgrund des weltweiten Ausfalls der wichtigsten Exportregion für Getreide, Ölsaaten und Eiweißpflanzen erfordert zügige Weichenstellungen und war daher Thema der Sitzung des Agrarausschusses diese Woche.

Quelle: Deutscher Bundestag, Kolja Bartsch





Energiepreisentwicklung

Der Krieg macht sich auch durch die Höchstpreise für Benzin bemerkbar. Ebenso die Frage der Energieversorgung und -kosten sowie der Energiesouveränität befindet sich nun ganz oben auf der politischen Agenda.

Die Bundesregierung muss bei den Energiepreisen schnell für spürbare Entlastungen bei Bürgern und Unternehmen sorgen. Das vom Finanzminister geplante Rabattsystem für Benzin ist ein Bürokratiemonster. Effektiver wäre es, die Energiesteuer und Umsatzsteuer zügig zu senken. So könnten wir beim Spritpreis bis zu 40 Cent einsparen.

In der Energiepolitik müssen alle Handlungsoptionen zu einer sicheren Energieversorgung einerseits und zu einer Reduzierung von einseitigen Abhängigkeiten insbesondere von Russland andererseits auf den Tisch.

Wir stehen aktuell bei der Energieversorgung vor einer doppelten Herausforderung:

1. Sicherheit sowie Souveränität in der Versorgung. Sprich: Eine von Russland unabhängige Gasversorgung sowie ein nationales Sicherheitskonzept für eine gesicherte Stromversorgung.
2. Klimaschutz und Kosteneindämmung bei den extrem gestiegenen Energiepreisen. Sprich: Ein sinnvoller und ausgewogener Energiemix und geeignete Maßnahmen, die die Explosion der Kosten für Energie abfedert.

Zu diesen Themen hat die Unionsfraktion einen Antrag gestellt (siehe Kasten).

Die Gewährung eines einmaligen Heizkostenzuschusses aufgrund der stark gestiegenen Energiekosten, der Bürger mit kleineren Einkommen entlasten soll, sieht die CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Grundsatz angemessen. Die vorliegende Fassung des Gesetzes greift unserer Ansicht nach aber zu kurz. Es stellen sich noch grundsätzliche Fragen nach der Höhe des Zuschusses sowie der Abgrenzung zu weiteren Personengruppen, die Unterstützung benötigen. So braucht es zum einen dynamische Anpassungen des Wohngelds über den einmaligen Heizkostenzuschuss hinaus, und zum zweiten müssen zudem auch Menschen mit mittleren Einkommen und Familien entlastet werden.

Link zu dem Antrag

Antrag "Für eine sichere, bezahlbare und souveräne Energieversorgung"

Link: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw11-de-zeitwende-energiepolitik-883814>.



Impfpflicht und Impfvorsorgegesetz

Nicht nur die Lage in der Ukraine ist besorgniserregend. Bei uns in Deutschland steigt die Corona-Inzidenz weiter täglich an. Am gestrigen Donnerstag, einen Tag vor der von der Ampel-Regierung geplanten Lockerung des Infektionsschutzgesetzes, erreicht die Zahl der Corona-Neuinfektionen einen neuen Rekord: 294.931 Neuinfektionen meldete das Robert-Koch-Institut (RKI) am Donnerstag binnen 24 Stunden. Leider ist bei der Ampel-Regierung in der Corona-Politik immer noch keine Einigkeit eingetreten.

Ich habe immer dafür plädiert, unabhängig bei welchem Thema, wissenschaftliche Erkenntnisse als eine Basis für politische Entscheidungen heranzuziehen. Eine allgemeine Impfpflicht kommt für Omikron zu spät. Zudem lässt sich eine sofortige allgemeine oder altersbezogen partielle Impfpflicht aus unserer Sicht anhand der derzeitigen Lage der Pandemie nicht überzeugend begründen. Wir brauchen eine Differenzierung der unterschiedlichen Aspekte bei diesem Thema und eine klare Einschätzung der jeweiligen Lage, um entsprechende Entscheidungen zu treffen.

Die Union hat als einzige Fraktion mit einem Antrag (siehe Kasten) einen Kompromissvorschlag geliefert. Die von uns entwickelte differenzierte Lösung bietet die Möglichkeit, jetzt Vorsorge für weitere Pandemiewellen zu treffen und gleichzeitig flexibel auf weitere Entwicklungen reagieren zu können. Dieser Antrag liegt seit Wochen auf dem Tisch.

Er beinhaltet drei Kernpunkte:

1. Aufbau eines Impfregisters, um eine verbesserte Basis an Gesundheitsdaten für die Bekämpfung der Pandemie zu erhalten.
2. Verbesserung der Impfkampagne. Im Vergleich zu anderen Ländern liegt unsere Impfquote bei dreifach geimpften Personen mit 58,1 % niedrig. Die Quote bei den Grundimmunisierten liegt bei 75,8 % (beide Werte mit Stand 17.03.2022). Es braucht also insgesamt neue Formate der Impfansprache und eine spezielle Ansprache der Bevölkerungsgruppen mit niedriger Impfquote.
3. Impfmechanismus mit Aktivierungsmöglichkeit, der bei Bedarf kurzfristig durch Bundestagsbeschluss mit Zustimmung des Bundesrates aktiviert werden kann, wenn die Situation es erfordert.

Unser Vorschlag schafft einen umsetzbaren und vor allem rechtssicheren Schutz. Die unterschiedlichen Entwürfe und Anträge wurden gestern nach der 1. Lesung an den Gesundheitsausschuss überwiesen.

Link zu dem Antrag

Antrag "Impfvorsorgegesetz - ein guter Schutz für unser Land"
Link: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/009/2000978.pdf>.



Infektionsschutzgesetz

Mit Ablauf des 19. März 2022 endet die Geltungsdauer der Rechtsgrundlage für die meisten Corona-Schutzmaßnahmen. Mit den Änderungen lässt die Ampel-Regierung fasst alle Schutzmaßnahmen auslaufen. Und das in einer Phase der Pandemie, in der wir Rekordhöchstwerte bei den Neuinfektionen und bei der Inzidenz verzeichnen.

Von den Änderungen (Gesetzentwurf unter <https://dserver.bundestag.de/btd/20/009/2000958.pdf>) betroffen sind insbesondere die Regelungen in § 28a Absatz 7 bis 9 und § 28b des Infektionsschutzgesetzes (IfSG), die die Grundlage für die einzelnen, von den Ländern beschlossenen Maßnahmen bilden.

Den Bundesländern wird mit dem Änderungsgesetz künftig nur noch gestattet, niedrigschwellige Auflagen, sog. "Basisschutzmaßnahmen", anzuordnen. Dazu gehören die Maskenpflicht in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen sowie im öffentlichen Personennahverkehr. Darüber hinaus wird die Testpflicht in Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen, Schulen sowie bestimmten Unterkünften geregelt. Außerdem können die Landesparlamente in regionalen "Hotspots" darüber hinausgehende Maßnahmen ermöglichen.

Die neuen Regelungen sollen bis zum 23. September 2022 befristet gelten. Bestimmte derzeit wirksame Regelungen in den Bundesländern können zudem in einer Übergangsphase bis zum 2. April 2022 weiter gelten. Erste Bundesländer haben von dieser Übergangsregelung bereits Gebrauch gemacht. Bis zum 2. April 2022 müssen aber alle Länder ihre Regeln anpassen.

Für dieselbe Debatte haben wir zwei weitere Anträge gestellt (siehe Kasten).

Links zu dem Anträgen

Antrag "Bonuszahlung für Leistung der Medizinischen Fachangestellten, Zahnmedizinischen Fachangestellten sowie Beschäftigter im Rettungswesen in der Corona-Pandemie – Nachhaltige Stärkung des Berufsbilds der Medizinischen Fachangestellten jetzt voranbringen"

Link: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/010/2001014.pdf>.

Antrag "Einkommensausfälle für junge Eltern beim Elterngeld auffangen – Coronabedingte Elterngeldregelungen verlängern"

Link: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/010/2001007.pdf>.



Online-Seminar mit MISEREOR zu den "wahren Kosten von Lebensmitteln".
Quelle: Hermann Färber



Sitzung des Agrarausschusses.
Quelle: Hermann Färber



Grußwort in der DPG bei Green Biotech Europe.
Quelle: Hermann Färber



Diese Woche durfte ich zwei Botschafter in meinem Bundestagsbüro empfangen. Beide Termine standen unter dem Eindruck des Krieges in der Ukraine.

Mit dem brasilianischen Botschafter, S. E. Roberto Jaguaribe, sprach ich unter anderem über die Förderung einer nachhaltigen Agrarwirtschaft sowie über globale Lieferketten und unsere Handelsbeziehungen.

Der Botschafter der Republik Usbekistan, S. E. Nabijon Kasimov, und ich diskutierten Perspektiven für die weitere Entwicklung der bilateralen Zusammenarbeit. Dieser Monat markiert den 30. Jahrestag der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen unserer Länder.

Ich habe mich sehr über die Besuche und den Dialog gefreut - gerade heute wird einem bewusst, wie unglaublich wichtig gegenseitiges Verständnis und Gespräche sind. Deswegen habe ich mich sehr gefreut, dass die Botschafter vorgeschlagen haben, den Dialog weiter fortzusetzen.



Quelle: Hermann Färber

Letzte Woche habe ich das Müllheizkraftwerk in Göppingen besichtigt. Thema war natürlich "Energy from waste" - die Gewinnung von Energie durch Abfallverwertung.

Die Führung durch die Anlage, die Kran- und Leitwarte sowie die Ausbildungswerkstatt war hochinteressant. Das Recycling und die energetische Behandlung von Abfällen sehe ich als wichtigen Baustein der ökologischen Kreislaufwirtschaft.



Bildquelle: Hermann Färber

Letzte Woche habe ich beim Kreisverband Göppingen des Bundesverbands mittelständischer Wirtschaft (BVMW) zur Zukunft der Landwirtschaft gesprochen. An den Landwirt von heute werden viele Ansprüche gestellt: Er ist nicht nur Lebensmittelproduzent, sondern hat auch Aufgaben im Bereich Natur- und Gewässerschutz, beim Tierwohl, im Klimaschutz oder in der Biodiversität zu erfüllen.

Die Ansprüche der Gesellschaft an die Bauern steigen, doch die Verbraucher sind oftmals nicht bereit, einen höheren Preis für unsere landwirtschaftlichen Produkte zu bezahlen.

Das Thema Landwirtschaft ist vielschichtig, teils sehr bürokratisch und voller Auflagen in der Ausführung und frustriert die Praktiker daher oftmals - ich möchte dennoch Menschen Mut machen, den Beruf des Landwirts zu erlernen. Als eigenständiger Unternehmer in diesem fachlich und technisch fordernden Beruf zu arbeiten ist eine Herausforderung aber auch sehr wertvoll.





Am 03. März besuchte der Bundeslandwirtschaftsminister, Cem Özdemir, den Hof meiner Familie. Es war der erste Hof, den Herr Özdemir in seiner Funktion als Bundesminister besucht hat. Wir haben zusammen den mobilen Hühnerstall und den neu gebauten Schweinestall besichtigt sowie über die regionale Vermarktung gesprochen, die wir auf dem Hof am Leispel betreiben. Diese ist insbesondere vor dem Hintergrund des Klimaschutzes ein wichtiger Umweltschutz- und Wirtschaftsfaktor.

Minister Özdemir und ich wollen beide darauf hinarbeiten, dass die Regelungen und Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft so ausgestaltet werden, dass unsere Landwirte eine sichere, wirtschaftliche Perspektive (auch mit Blick auf die Weiterführung der Betriebe) haben, dass die Einnahmen aus der Produktion für die Landwirte auskömmlich sind, und dass die Produkte für die Verbraucher bezahlbar sind.

Ein kleines Video dazu finden Sie hier: https://filstalwelle.de/video/2022-03-04-bundesminister-cem-oezdemir-zu-besuch-in-boehmenkirch?fbclid=IwAR2iXOE_RleYk4Tj3nvZG4aw0BIInZuG35_tW8xhmHpmSmcEteku-RVRwMI.



Quelle: Hermann Färber



Termine im März und April

Sitzungswochen in Berlin

14. - 18. März 2022

21. - 25. März 2022 (Haushaltswoche)

04. - 08. April 2022

Termine

21. März 2022: Digitales Waldsymposium der AGDW in Berlin

23. März 2022: Treffen mit dem Club der Agrardiplomaten in der Schweizerischen Botschaft in Berlin

23. März 2022: Parlamentarischer Abend der Familienunternehmer in Berlin

31. März 2022: Praxistag mit dem Kuratorium für Waldarbeit und Forsttechnik in Jessen, Sachsen-Anhalt

01. April 2022: Jahresempfang der CDU Eislingen in der Stadthalle in Eislingen

Sonstiges

30. März 2022: Bürgersprechstunde im Wahlkreisbüro in Süßen

Links

Zu meiner Homepage gelangen Sie hier: www.hermann-faerber.de

Pressemitteilungen

Die aktuellen Pressemitteilungen finden Sie ebenfalls auf meiner Homepage.

Kontakt

Wahlkreisbüro

Heidenheimer Straße 68, 73079 Süßen

Telefon: 07162 3057057

Berliner Büro

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 22 77 36 58

Email: hermann.faerber@bundestag.de